Laurahütte-Siemianowitzer Zeitung

Erscheint Montag, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend und kostet vierzehntägig ins Haus 1,25 Zloty. Betriebsstörungen begründen keinerlei Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Einzige älteste und gelesenste Zeitung von Laurahütte-Siemianowitz mit wöchentlicher Unterhaltungsbeilage.



Anzeigen nimmt die Geschäftsstelle dieser Zeitung entgegen. Die achtgespaltene Kleinzeile kostet je mm 10 Groschen, auswärtige Anzeigen je mm 12 Gr. Reklame-mm 40 Groschen. Bei gerichtl. Beitreibung ist jede Ermäßigung ausgeschlossen.

Geschäftsstelle: Siemianowice (Śląskie), ulica Bytomska (Beuthenerstraße) 2

Fernsprecher Nr. 501 Fernsprecher Nr. 501

Nr. 197 **Dienstag, den 20. Dezember 1927** **45. Jahrgang**

Wechsel in der englischen Orientpolitik

Von diplomatischer Seite wird uns geschrieben:

Nach langem Hin und Her ist es nun zwischen England und dem Irak zu der Vereinbarung gekommen, daß England die Aufnahme des Iraks in den Völkerbund und die Aufhebung des Mandates über den Irak erst 1932 empfehlen wird. Bis dahin soll der Irak gewisse Verwaltungs- und Heeresreformen durchführen und soll dem jetzt in London unterzeichneten Vertrag ein Zusatzvertrag über die finanziellen Beziehungen zwischen England und dem Irak hinzugefügt werden. Somit hat sich der Irak damit einverstanden erklärt, daß er von dem Mandat, das in Englands Händen liegt, erst nach einer festeren Verknüpfung mit England befreit wird. Damit hat England einen ersten Erfolg in der Richtung seiner neuen Orientpolitik errungen, deren Verwirklichung einen äußerst bedeutsamen Wechsel in der Orientpolitik Englands überhaupt bedeuten wird. Die Schwierigkeiten, die England in Ostasien (Rückgang des Handels, Befürchtung einer amerikanisch-japanisch-russischen Zusammenarbeit) und im Orient entgegenstehen, im Orient im einzelnen dank der politischen und moralischen Hilfe seitens Rußlands an die Orientstaaten zwingen London zu einer grundsätzlichen Aenderung seiner Einstellung zum Orient.

Soweit sich die neue Richtung Englands erkennen läßt, wird sie in Zukunft grundsätzlich die Unabhängigkeit aller Orientstaaten fördern und nicht mehr wie bisher das System der Protektorate, Mandate usw. aufrechterhalten. Insbesondere wird London somit Aegypten, Transjordanien, den Irak und auch die anderen kleineren arabischen Staaten für unabhängig erklären und sich auch anderen Mächten gegenüber für die völlige Unabhängigkeit dieser Staaten einsetzen. Im Falle Irak schon hatte England Frankreichs Unterstützung, denn England konnte die irakische Forderung nach der sofortigen Aufnahme in den Völkerbund mit der Begründung ablehnen, daß nach seiner Kenntnis wenigstens eine der in Genf vertretenen Regierungen sich einem solchen Antrage widersetzen würde. Frankreich stimmt mit England überein, weil es selbst dann auch gleiche Forderungen Syriens zu gewärtigen hätte. Selbstverständlich aber bedeutet der Wechsel in Englands Orientpolitik nicht, daß es die Staaten völlig freizulassen beabsichtigt, sondern es will mit ihnen Schutzbündnisse schließen, die etwa nach der Art des italienisch-albanischen Vertrages den Bündnisfall für gegeben erachten, wenn einer von beiden Vertragspartnern angegriffen werden sollte. Die bisherigen direkten Eingriffe der Engländer in die Verwaltung dieser Staaten sollen allmählich ihren Charakter als Aktionen Englands verlieren und die Engländer sollen soweit sie im Dienst der betreffenden Regierungen bleiben in Zukunft als Sachverständige verwandt werden etwa nach der Art des amerikanischen Finanzberaters in Persien. Zuerst sollen derartige Verträge mit dem Irak und mit Transjordanien geschlossen werden. Englischerseits hofft man, daß es im Laufe der Zeit auch möglich sein wird, entsprechende Verträge mit Aegypten, der Türkei und Persien zu schließen, wobei jedoch bei Aegypten den besonderen englischen Interessen durch einige Sondervereinbarungen Rechnung getragen werden soll.

Auch in der Frage der Kapitulationen hat sich ein grundsätzlicher Wandel der englischen Auffassung vollzogen. England steht heute auf dem Standpunkt, daß die Kapitulationen abgeschafft werden können, wenn für die Handhabung der Gesetze eine entsprechende Garantie durch den betreffenden anderen Vertragspartner gegeben wird. Welcher Art diese Garantie sein soll, wird wohl grundsätzlich verschieden sein. Verhandlungen über die Abschaffung der Kapitulation werden z. B. in Aegypten bereits im Frühjahr 1928 beginnen und zwar zugleich mit Belgien, Italien und Frankreich, deren Zustimmung zu dieser Politik das Foreign Office für Aegypten zum mindesten bereits erhalten hat, während es die Zustimmung dieser Staaten für die Ersetzung der Kapitulation durch eine Neuregelung (Rechtsberater?) in anderen Ländern erst noch zu erhalten wünscht. Diese Frage ist äußerst bedeutsam, da damit einer der Hauptwiderstände zwischen England und den Orientstaaten fortfällt.

Das Ziel dieses Wechsels in der englischen Orientpolitik ist leicht erkennbar. Eine Unabhängigkeitserklärung des Irak z. B. müßte zur Folge haben, daß der Irak in den Völkerbund aufgenommen wird, gleichzeitig aber auch die Kontrolle über den Irak dem Völkerbund entzogen wird, also das Mandat aufgehoben wird. Dies wird gerade im Falle des Iraks nach der soeben erfolgten Vertragsunterzeichnung in London besonders leichter werden, da hier das Mandat nur auf Grund eines Sondervertrages Englands mit dem Irak beruht, der vom Völkerbund nur nachträglich genehmigt wurde. Es ist durchaus nicht unwahrscheinlich, daß im weiteren Verfolg der Bestrebungen diese neuen englischen Vertragssysteme als eine Art englischer Gegenoffensive gegen die bisherigen russischen Vertragssysteme gedacht sind, um den englischen Einfluß im Orient erneut zu stärken.

Die Aufhebung der Mandate und Kapitulationen wird von England künftighin also jeweils in demselben Maße empfohlen werden, in welchem es seine Interessen durch ihre Sicherung von seiten der unabhängig gewordenen Orientstaaten geschützt weiß.

Amerikanischer Friedenspakt an Frankreich

Berlin. Einem Morgenblatt zufolge hat Staatssekretär **Kellog** dem **französischen** Botschafter in Washington den **amerikanischen Entwurf** für einen **Friedenspakt** zwischen Amerika und Frankreich übergeben. Dabei soll von amerikanischer Regierungsseite betont worden sein, daß der Vertragsentwurf **keine** Sonderbestimmungen für Frankreich enthalte, so daß die Vereinigten Staaten auch mit anderen Nationen Verhandlungen über einen Friedenspakt führen können.

Die neue finnländische Regierung ernannt

Helsingfors. Die **neue** finnländische Regierung ist Sonnabend vom Staatspräsidenten ernannt worden, nachdem die langwierigen Verhandlungen nicht zur Bildung eines Sammlungskabinetts geführt haben. Außenminister wird der bisherige Gesandte Finnlands in Warschau, **Procona**, Justizminister **Madsen**, Innenminister **Aura**. Der Ministerpräsident **Sonila** und die sämtlichen übrigen Minister gehören der Agrarpartei an, während die drei erstgenannten Kabinettsmitglieder als **parteilose** Fachminister zu bezeichnen sind.

Genf ein Erfolg Woldemaras?

Kowno. Wie der Sonderberichterstatter der Telegraphenunion meldet, waren Staatspräsident **Smetona** und Ministerpräsident Woldemaras Sonntag anläßlich der Wiederkehr des Jahrestages der militärischen Revolution in Litauen Gäste des Kownoer Offizierkorps. Smetona erklärte in einer Rede, daß Litauen bei den Genfer Verhandlungen Erfolge zu verzeichnen gehabt habe, die im Sinne seiner Politik gelegen hätten. Das litauische Endziel heißt: Aufrichtung des Namens Litauen in der Welt. Die Genfer Tagung habe den Frieden im Osten sichergestellt. Litauen müsse jetzt versuchen, diesen Frieden zu stabilisieren und sich im Auslande Freunde suchen. Einen solchen Freund habe man bereits in Italien gefunden. Hierauf ergriff Woldemaras das Wort zu einer längeren Rede über die aus der Genfer Entscheidung sich ergebenden Folgerungen. Er setzte sich zunächst mit der Person Pilsudskis auseinander, der sich mit seinen Angaben über die angebliche litauische Mobilisation nur lächerlich gemacht habe. Obwohl der Völkerbund beschlossen habe, den Kriegszustand aufzuheben, werde Litauen niemals auf Wilna verzichten. Der Völkerbund habe festgestellt, daß er durch den Beschluß der Botschafterkonferenz von 1923 nicht gebunden sei. Das sei gleichbedeutend mit der Aufhebung dieses Beschlusses. Polen sei jetzt moralisch gebunden, umsomehr, als auch **Pilsudski** und **Zaleski** in Genf persönlich anwesend gewesen seien. Die Gefahr eines offenen Ueberfalles sei somit **beseitigt**. Aber auch gegen einen geheimen Angriff habe sich Litauen gesichert, denn Polen habe erklären müssen, daß es sich um die inneren Angelegenheiten Litauens nicht kümmern werde und in der Frage der Bandenbildung an der Grenze völlig unbeteiligt sei. Das Endziel der litauischen Politik sei die Wiederaufnahme normaler Beziehungen zu Polen. Dadurch aber werde die Wilnafrage in keiner Weise berührt. Die neuen Verhandlungen würden sich auf die polnischen Forderungen auf Freigabe des Holztransportes auf der Memel beschränken.

Durch die Aufhebung des Kriegszustandes sei die Gefahr eines Ueberfalles ein für allemal beseitigt. Am Schluß betonte Woldemaras erneut, daß das Ziel der litauischen Politik, die Wiedererlangung Wilnas sein müsse.

Die polnisch-litauischen Verhandlungen

Kowno. Wie die Telegraphen-Union erfährt, werden direkte polnisch-litauische Verhandlungen im Januar aufgenommen werden. Es ist beabsichtigt, das kein direkter diplomatischer Verkehr zwischen den beiden Ländern besteht, die Gesandten neutraler Mächte mit den Vorverhandlungen zu beauftragen, die eine Verständigung herbeizuführen versuchen werden. Es darf mit Sicherheit angenommen werden, daß der Memelstrom im Frühjahr den polnischen Holzflößern offen stehen wird.

Coudenhove-Calerghi über Paneuropa

Berlin. Im Saale des ehemaligen Herrenhauses fand Sonntag eine große **Paneuropa**-Kundgebung statt. An Stelle des verhinderten Reichstagspräsidenten Loebe, des Vorsitzenden der paneuropäischen Union in Deutschland leitete der demokratische Parteivorsitzende Koch-Weser die Kundgebung und begrüßte den Grafen Coudenhove-Calerghi als den Führer der Völkerverständigung. Zunächst sprach Frau von Kerdorff, die ausführte, daß, wenn man den Frieden wolle, man im eigenen Staate beginnen müsse. Um den Frieden im Staate zu fördern, müsse man dem Staate gegenüber Ehrfurcht zeigen. Die politischen Parteien hätten dies aber noch nicht erkannt. Darauf sprach der demokratische Reichstagsabg. Lemmer über die Einstellung der Jugend zur paneuropäischen Idee. Der Hauptredner der Veranstaltung, Graf Coudenhove-Calerghi, stellte fest, daß die ersten Jahre der paneuropäischen Bewegung schrittweise eine Gesundung Europas in politischer, wirtschaftlicher und moralischer Hinsicht zur Folge gehabt hätten. Vor allem habe die deutsche Außenpolitik unter Führung von Dr. Stresemann zu dem raschen Aufschwung Europas beigetragen. Die paneuropäische Bewegung wolle nicht nur ein friedliches, sondern auch ein einiges Europa, nicht ein labiles, sondern ein stabiles Gleichgewicht seiner Mächte. Locarno sei ein Versprechen, das erst eingelöst werden müsse; seine Einlösung heiße Paneuropa. Nur ein glatter Bruch mit den Vorkriegsmethoden könne Europa vor neuen Katastrophen schützen.

Die Arbeitgeber lehnen ab

Verschärfung des Konflikts in der Eisenindustrie.

Düsseldorf. Die **Arbeitgeber** der westdeutschen Eisenindustrie haben nach eingehender Prüfung **die beiden** durch den Schlichter, Oberlandesgerichtsrat Dr. Jötten, verkündeten **Schiedssprüche** über die Arbeitszeit und die Lohnfragen für die Eisenindustrie **abgelehnt**.

In der Begründung der Ablehnung wird darauf hingewiesen, daß **wichtige Werke der Industrie** in der Bestimmung über die Arbeitszeit **nicht berücksichtigt** worden wären, und wird dargelegt, daß die **Verkürzung der Arbeitszeit** für die Hochofenarbeiter wegen der dadurch bedingten Einstellung von 12000 Arbeitern als Stellvertreter undurchführbar wäre. Weiter sagt die Begründung, daß die **allgemeine Lohnerhöhung** grundsätzlich abgelehnt werden müsse. Auch in der Frage des Lohnausgleichs wird darauf hingewiesen, daß der Schiedsspruch weit darüber hinausgehe, was von Arbeitnehmerseite als annehmbar bezeichnet werde.



Zu den durch schlechte Ernährung verursachten Meutereien in der französischen Marine

Wie die Linksparteien die Schiffsküche sehen und wie der Marineminister Leygues die Verpflegung der Marine sieht.

(„Oeuvre".)

Ausschluß der gesamten russischen Opposition

Berlin. Wie ein Morgenblatt aus Moskau meldet, hat der Kongreß der Kommunistischen Partei der Sowjetunion 75 Oppositionsführer, darunter Trotzki, Sinowjew und Kamenew, aus der Partei ausgeschlossen. Ein von dem Kongreß eingerichteter Sonderausschuß hatte zuvor die Kompromißerklärungen Sinowjews und Trotzkis als ungenügend zurückgewiesen.

Vatikan und Tschechoslowakei

Abschluß eines modus vivendi.

Rom. „Osservatore Romano" teilt amtlich mit, daß nach vorausgegangenem Notenaustausch zwischen dem Vatikan und der tschechoslowakischen Regierung ein modus vivendi abgeschlossen worden ist, der die **Beziehungen** zwischen dem Vatikan und der Tschechoslowakei regelt. Nach erfolgter Ratifikation dürften die diplomatischen Beziehungen **wieder** aufgenommen werden.

Sowjetukraine — Libau

Die in Genf vereinbarte litauisch-polnische Zusammenkunft zu Beginn des nächsten Jahres in Riga ist nicht allein wegen der Neutralität Rigas für Lettland vorgesehen worden. Vielmehr ist der Libauer Hafen sehr stark an der Wiederherstellung der Eisenbahnverbindung zwischen Wilna und Kowno interessiert, welche Verkehrsfrage zwischen Litauen und Polen im Zusammenhang mit der Rigaer Konferenz beraten und möglichst erledigt werden soll.

Für die Bedeutung der Wiederherstellung des Bahnverkehrs zwischen Polen und Litauen sind Stimmen charakteristisch, die sich in jüngster Zeit über diese Frage geäußert haben. So sandten vor kurzem die Stadtverwaltung von Libau, das Libauer Börsenkomitee und der Libauer Fabrikantenverein an ihre Regierung ein Telegramm, in dem sie verlangen: „In Anbetracht der im hohen Maße kritischen Wirtschaftslage Libaus, die hauptsächlich durch die langjährige Unterbrechung des Bahnverkehrs seitens Litauen zwischen Wilna und Libau hervorgerufen worden ist, erlauben wir uns dringend zu bitten bei entsprechenden Verhandlungen dafür einzutreten, daß Polen und Litauen den Eisenbahnverkehr Wilna—Libau freigeben.“ Für den Fall, daß die litauisch-polnische Frage in Genf nicht zu einer Entspannung gekommen wäre, hatten die Absender des Telegramms die Erneuerung des Eisenbahnverkehrs Wilna—Libau unter einer internationalen Eisenbahnverwaltung vorgesehen. Nun äußert sich auch die „Libausche Zeitung“ über die Bedeutung Libaus im ost-westlichen Austauschverkehr und schreibt u. a.: Die Stellung des Libauer Hafens im ost-westlichen Austauschverkehr war vor dem Kriege außerordentlich günstig. Die direkte Eisenbahnverbindung durch die Bahn Libau—Romny (Sowjetukraine) bis in die fruchtbarsten Gebiete Südrußlands und die weitere Verbindung über Wilna in die waldreichen Gebiete um Pinsk sicherten Libau ein äußerst ausgedehntes, aufnahme- und exportfähiges Hinterland. Libau war besonders durch seinen Hafer- und Oelkuchenexport sowie Heringstransport bekannt. Daneben spielte auch die Ausfuhr von Holz und Getreide eine bedeutende Rolle.

Krieg um die Privatsekretärin

Der Gouverneur mit „moralischer Verworfenheit“.

Oklahoma. Der Konflikt zwischen Gouverneur Johnston und der gesetzgebenden Gewalt des Staates Oklahoma erreichte gestern abend ein neues Stadium, als der Name der Privatsekretärin des Gouverneurs in die Sache hineingebracht wurde. Nachdem der Untersuchungsausschuß der gesetzgebenden Versammlung Zeugenaussagen entgegengenommen hatte, erhob er gegen den Gouverneur die Anschuldigung der „moralischen Verworfenheit“. Die Sitzung wurde wieder in einem Hotel abgehalten, da Truppen den Eingang des Parlamentsgebäudes absperrten. Beschuldigungen wegen Unzucht und Korruption sind gegen den Gouverneur bereits erhoben worden. Er hat die Nationalgarde mobil gemacht, um eine Tagung der gesetzgebenden Versammlung zu verhindern, bis das Gericht wegen der Berechtigung der Untersuchung eine Entscheidung gefällt hat.

Eine ungarnfeindliche Rede im Prager Senat

Prag. Im Senat erklärte Freitag der frühere tschechoslowakische Kriegsminister, der Nationalsozialist Klofac, daß für den Frieden der Tschechoslowakei keine Sicherheit bestehe. Besonders die Südgrenze des tschechoslowakischen Staates sei nach wie vor bedroht. Die Generale sollten stets daran denken, und die Politik den Politikern überlassen. Auf einen slowakischen Zwischenruf erklärte der Redner, daß, wenn nicht der Pariser Kriegsrat am 1. August 1919 den weiteren Vormarsch verboten hätte, die tschechoslowakischen Truppen in Budapest eingezogen wären.

Ein neuer kommunistischer Aufstands-Versuch in Kanton unterdrückt

London. Wie aus Hongkong gemeldet wird, haben die Kommunisten Sonnabend im westlichen Teil von Kanton einen neuen Versuch zur Zurückeroberung der Macht unternommen, der aber schnell unterdrückt wurde. Das deutsche Konsulat ist während der Unruhen nicht berührt worden; der deutsche Konsul kann wie gewöhnlich seinen Geschäften nachgehen. Ergänzend wird berichtet, daß 14 Mädchen und Frauen die der Unterstützung der Kommunisten verdächtig waren, im Verlaufe der letzten Tage erschossen worden sind. Der rücksichtslose Kampf der Militärbehörden gegen die Kommunisten hält an. Unter den Opfern befindet sich auch Frau Kirschew, eine frühere Sekretärin von Borodin und deren Mann. Der Sekretär der kommunistischen Partei in Südchina und Korrespondent der offiziellen Sowjetagentur, Boris Voline, befindet sich unter den Verhafteten. 15 Mitglieder des sowjetrussischen Konsulats unter ihnen der Generalkonsul sind heute an Bord eines chinesischen Dampfers eingeschifft worden. Der größte Teil der russischen und chinesischen Beamten, die im Zusammenhang mit der gestrigen Durchsuchung des Sowjetkonsulats verhaftet worden sind sind inzwischen auf freien Fuß gesetzt worden. Die Mitglieder der Sowjetkonsulate in ganz China bereiten sich mit ihren Familien auf die Abreise aus Südchina vor.

Laurahütte u. Umgebung

Bekanntmachung betreffs der staatlichen Einkommensteuer. Auf Grund der Verordnung des Finanzministers vom 14. Mai 1921 wird hiermit zur Kenntnis gebracht, daß in unserer Gemeinde — die Wohnungsinhaber (Familienhäupter) verpflichtet sind, bis 1. Januar, die Hausbesitzer (deren Vertreter, Pächter oder Verwalter), beziehungsweise die Eigentümer von Gebäuden jedoch spätestens bis 15. Januar 1928, dem Finanzamte die nach den Art. 46, 47 und 48 des Gesetzes über die staatliche Einkommensteuer (Dz. U. R. P. Nr. 58. Poz 411 ex 1925), sowie nach den §§ 87 88, 92 und 94 der oben genannten Finanzministerialverordnung erforderlichen Amtsformulare vorzulegen. Für unsere Gemeinde gilt folgendes: Jeder, der eine Wohnung inne hat (Familienhaupt), den Hauseigentümern oder deren Vertretern (Pächtern oder Verwaltern) gegen Empfangsbescheinigung eine Sondliste auf dem entsprechenden Amtsformulare zu übergeben hat, in der sämtliche Familienmitglieder anzuführen sind, die am 15. Dezember 1927 ihren Unterhalt vom Familienoberhaupte beziehen ohne Rücksicht auf den Wohnsitz sowie sämtliche Personen, die an diesem Tage in seiner Wohnung wohnhaft sind und ein selbständiges Einkommen besitzen.

Weihnachtshilfe für unsere Armen. Unsere Gemeinde läßt von heute bis einschl. den 22. d. Mts an unsere Armen in der Gemeinde Bons von je 5 Zloty Wert verteilen und zwar: An Arbeitslose gelegentlich der Auszahlung ihrer Arbeitslosenunterstützung im Büro der Gemeindekasse an Witwen, Waisen, Invaliden wie folgt: Montag, also heute, an Leute mit dem Anfangsbuchstaben A von 9—10 Uhr, B von 10—11, C von 11—12, D von 12—1, E von 1 bis 2, F von 2—3, G von 3—4 Uhr. Dienstag: H von 9—10, J von 10—11, K von 11—12, L von 12—1, M von 1—2, N von 2—3, O von 3—4 Uhr. Mittwoch: P, Qu von 9—10, R von 10—11, S, St von 11—12, T von 12—1, U 1—2, V, W von 2—3, X, Y, Z von 3—4 Uhr. Auf die Bons haben nur solche Arbeitslose Anspruch, die Familienmitglieder haben für die ihnen eine Unterstützung bewilligt wurde und auch gezahlt wird. Invaliden, Witwen, Waisen und sonstige Arme finden nur dann Berücksichtigung, die unterhaltungspflichtige Familienmitglieder bei sich haben und deren Monatseinkommen bei drei Personen 60 Zloty bei 4—5 Personen 75 Zloty, bei 5 und mehr Personen 100 Zloty nicht übersteigt. Ledige Arbeitslose, Arme usw. kommen nicht in Frage, sofern sie nicht das 50 Lebensjahr überschritten haben und nicht total mittellos und ohne jedes Einkommen sind. Diese Weihnachtsbons werden in Höhe von 5—20 Zl. je nach Größe der Familie des Bedürftigen zur Verteilung gelangen.

Frauenhilfe der evangelischen Kirchengemeinde. Die Frauenhilfe der evangelischen Kirchengemeinde hält am nächsten Donnerstag, um 4 Uhr nachm., eine Weihnachtsbescherung ab, worauf wir noch besonders hinweisen. Am Mittwoch den 21. d. Mts. findet um 4 Uhr die Weihnachtsfeier des Kindergartens derselben Gemeinde statt.

750 Mark monatlich Reichstagsdiäten

Berlin. Durch die neue Besoldungsordnung sind die Ministergehälter, die bisher im Grundgehalt 29 700 jährlich betrugen auf 36 000 Mark erhöht worden. Damit sind die Diäten für die Reichstagsabgeordneten, die jetzt für den Monat rund 620 Mark ausmachen automatisch auf 750 Mk. erhöht worden. Die Wirtschaftspartei hat beantragt, daß eine Erhöhung der Ministergehälter nicht zur Folge haben solle, daß auch die Diäten der Reichstagsabgeordneten erhöht werden. Die Diäten wurden bisher auf ein Viertel des Grundgehaltes eines Reichsministers bemessen.

Zum Skandal in der französischen kommunistischen Partei

Paris. Ueber die von dem kommunistischen Bürgermeister und Generalrat Maranne, vergessenen Dokumente wird nunmehr bekannt, daß aus dem kommunistischen Unterstützungsfonds im Laufe der letzten neun Monate nicht weniger als 2 200 000 Franken an verschiedene kommunistische, aber auch sozialistische Organisationen verteilt worden sind. Maranne führte über sämtliche Ausgaben genau Buch. Die Veröffentlichungen aus den Schriftstücken Marannes dürften in der heutigen Sitzung des Verwaltungsrates der sozialistischen Partei zur Sprache gelangen, die unter anderem über die Haltung der sozialistischen Partei bei den bevorstehenden Wahlen entscheiden wird.

Börsenkurse vom 19. 12. 1927

(11 Uhr vorm. unverbindlich)

Warschau . . .	1 Dollar	amtlich =	8.91³/₄ zl
		frei =	8.93 zl
Berlin	100 zl	=	46.92 Rmk.
Kattowitz . . .	100 Rmk.	=	213.15 zl
	1 Dollar	=	8.91³/₄ zl
	100 zl	=	46.92 Rmk.

Offenhaltung der Geschäfte. Wir erinnern noch daran, daß alle Geschäfte am 20., 21., 22., 23 und 31. d. Mts bis 8 Uhr abends offen halten dürfen.

=i= **Der gestrige Goldene-Sonntag** war für unsere Geschäftswelt ein großes Fiasko und ist nicht einmal mit einem Blei-Sonntag zu vergleichen. Nicht mal das Licht und die im Laden verbrannte Kohle ist verdient worden. Die Kreditkundschaft hat ihren Bedarf in der Woche gedeckt bezw. gedenkt ihn noch zu decken und alle anderen, die einige Groschen aus dem Verdienst oder der Arbeitslosenunterstützung nach Hause brachten, gingen damit trotz der Kälte nach Bendzin. Korbsessel, allerlei andere Sachen, ja sogar ganze Matratzen wurden aus Bendzin gestern Abend angeschleppt. Die Bendziner Geschäftswelt lacht, denn unsere Geschäftswelt versteht es leider nicht, die hiesige kaufkräftige Einwohnerschaft an sich zu locken.

=i= **Für die durch Sturm und Wasser in Kleinpolen Geschädigten,** sind in den letzten 14 Tagen wieder 427.80 Zloty an freiwilligen Spenden gesammelt worden, wobei die Beamten der Lauragrube und der Richterschächte allein 329.10 Zloty aufbrachten. Bis jetzt sind schon 5 543.61 Zloty gesammelt worden.

=i= **Für die Arbeitslosen** sind wieder in den letzten 4 Wochen 736.30 Zloty an Spenden aufgebracht worden, wobei Herr Minister a. D. Kiedron allein wieder 500 Zloty spendete. Die bisher gesammelte Gesamtsumme beträgt 7 718 Zloty, was ein gutes Zeichen unserer Opferfreudigkeit ist.

i. **Bewilligung von Darlehen für Obstkultur.** Das Ministerium für Landwirtschaft hat zur Förderung der Obstkultur 200 000 Zloty ausgeworfen, die an Interessenten in Form von Darlehen verabfolgt werden. Nähere Einzelbestimmungen können gegen Vorlage der Abonnementsquittung in unserer Geschäftsstelle, Beuthener Straße 2, eingesehen werden.

=i= **Unsere Feuerwehr.** Unsere Gemeinde hat im Gemeindebüro Nr. 4, namentliche Listen derjenigen Personen zur Einsichtnahme ausgelegt, die als aktive Mitglieder der Feuerwehr in Frage kommen. Wer nicht weiß, ob er ein Feuerwehrmann ist, der bemüht sich dorthin und sieht sich die Liste vom 19.—24. d. Mts., an.

=o= **Ein Uebelstand,** der unbedingt beseitigt werden muß, herrscht in unserer Gemeinde. Der Brandmeister der hiesigen freiwilligen Feuerwehr ist über die Gemeinde an das Haupttelephon angeschlossen. Nach Dienstschluß soll auf der Telephonzentrale der Gemeinde die Verbindung mit dem Brandmeister hergestellt werden. Meistenteils ist dieser aber nicht zu erreichen, da es irgendwo hapert, was im Interesse der Gemeinde einen großen Uebelstand bedeutet, der bei Ausbruch eines Brandes die übelsten Folgen haben kann. An wem die Schuld liegt, können wir natürlich nicht feststellen. Im Interesse der hiesigen Bürgerschaft müßte dieser Uebelstand unbedingt behoben werden.

Polizeibericht. Vom 10. bis zum 16. d. Mts. sind allein nur 10 Personen wegen allerlei Delikte zur Anzeige gebracht worden, was ein Zeichen gegenwärtiger Zeit ist.

i. **Die Kammerlichtspiele** bringen ab Dienstag bis Freitag einen sehr pikanten Liebes-Abenteuerfilm, betitelt „Die geschiedene Frau“ zur Vorführung, in dem wieder die beliebten und berühmten Filmgrößen Mady Christians, Marcella Albani, Bruno Kastner und Walter Rilla in den Hauptrollen mitwirken. Näheres siehe Inserat.

Gottesdienstordnung:

Katholische Pfarrkirche Laurahütte.

Dienstag, den 20. Dezember 1927.

6 Uhr: hl. Messe für den verstorbenen Hermann Chrzonscz.

6½ Uhr: für den verst. Vinzenz Kutschera

St. Kreuzkirche — Siemianowitz.

Dienstag, den 20. Dezember 1927.

1. hl. Jahresmesse für verst. Ignatz Czerner.
2. hl. Messe für alle Verstorbenen auf dem alten und neuen Friedhof.
3. hl. Messe für verst. Josef Grabowski, Ehefrau Marie Kasimier und Marjan Grabowski.

Verantwortlicher Redakteur: Reinhard Mai in Kattowitz.
Druck u. Verlag: „Vita“, naklad drukarski, Sp. z ogr. odp. Katowice, Kosciuszki 29.